



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/144 - 24.6.53

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Der Kanzler und die Vierer-Konferenz	S. 1
Der belgische Außenminister und die EVG	S. 3
USA-Wahlhilfe für Adenauer	S. 4
Zur Lage in der Sowjetzone	S. 5
Das Auto des Gesandten Holzapfel	S. 7

## Notwendige Konsequenzen

(sp) Die Forderungen des Bundeskanzlers an die Regierungen der drei Westmächte, Deutschlands Einheit und Freiheit wieder herzustellen, sind auch von der SPD als ein Einschwenken auf die Linie der Opposition bejaht worden. In der Formulierung eines Grundsatzes wäre man sich also einig. Das ist schon etwas, wenn wir an die Größe der Gegensätze in den vergangenen Jahren denken, aber es ist zu wenig, wenn wir die Schwenkung im Hinblick auf das Ziel beurteilen.

Dieses Ziel verlangt eindeutige Konsequenzen, die durch den Aufstand der Arbeiter in Mitteldeutschland zwar noch zwingender, aber nicht erst durch ihn notwendig geworden sind. So wie es nicht genügt, wenn für die Lebensmittelhilfe für die ostdeutsche Bevölkerung zwar ein interministerieller Ausschuss eingesetzt wird, dieser aber keine Beschlüsse faßt, und auch nicht versucht wird, die Verwirklichung der Lebensmittelhilfe über Verhandlungen der vier Hochkommissare zu sichern, so wenig ausreichend ist es, Einheit und Freiheit für das ganze Deutschland zu fordern, ohne hinter diese Forderung ein politisches Programm zu stellen.

Das bis heute noch nicht korrigierte Programm der Bundesregierung sind die deutsch-alliierten Verträge, d.h. u.a. jene Bestimmung des Generalvertrages, (Art.2), nach der sich die drei westlichen Besatzungsmächte die bisher von ihnen ausgeübten

Rechte in Bezug auf Berlin und Deutschland als ganzes einschließlich der Wiedervereinigung vorbehalten. D.h. ferner jene Bestimmung des Art.7, Abs.3, nach der die deutsche Wiedervereinigung dem Vetorecht jeder der drei Westmächte unterworfen wird. Dieses Programm besagt aber auch, daß die Bundesregierung bereit ist, Verträge einzugehen, die sich nur auf Westdeutschland beschränken und keine Antwort auf die Frage geben, wie es nach ihrer Verwirklichung noch auf friedlichem Weg eine Wiedervereinigung geben soll. Gleichzeitig bedeutet das in den Verträgen liegende Konzept, einschließlich des von den Koalitionsparteien bejahten Junktims zwischen General- und EWG-Vertrag, einen Verzicht auf jede andere Lösungsmöglichkeit, als sie in der Integration des halben Deutschlands mit fünf der übrigen westeuropäischen Staaten enthalten ist. Der Bundeskanzler hat zwar seit den Ereignissen in Mittelddeutschland dieses Programm nicht mehr ausdrücklich erneuert, aber der bayerische Ministerpräsident Ehard hat es in Washington, Staatssekretär Lenz und andere Vertreter der Bonner Koalitionspolitik haben es in Deutschland getan.

Notwendig ist jetzt ein Konzept, in dem die Einheit das erste und das allein bestimmende Ziel der Regierungspolitik ist. Die Forderung nach Wiederherstellung der deutschen Einheit und Freiheit ist erst in dem Augenblick real, in dem sie die Bereitschaft für eine Viererkonferenz und den Willen enthält, dieser Konferenz keine Forderungen entgegenzustellen, die von vornherein ein Scheitern von Viermächteverhandlungen bedeuten könnten. Der aktiven Politik für das Zustandekommen einer Viererkonferenz müßten konkrete Schritte vorangehen, um auf der Ebene der Hochkommissare Gespräche in Gang zu bringen. Die Vorbehaltsrechte der Alliierten in den von der Regierung unterzeichneten, aber bis heute nicht ratifizierten Verträge stehen einer solchen Konkretisierung der scheinbaren Schwenkung des Bundeskanzlers nicht entgegen.

Es ist auch nicht möglich, jetzt zu sagen, man sei nur dann für eine Viererkonferenz, wenn diese Aussicht auf Erfolg bietet. Der Versuch, die deutsche Wiedervereinigung auf friedlichem Wege, d.h. über Verhandlungen, zu erreichen, muß gemacht werden. Wer die dafür notwendige Aktivierung der gesamtdeutschen Politik Bonns von der Erfüllung irrealer Forderungen abhängig machen oder unter Hinweis auf die deutsch-alliierten Verträge gar nicht erst versuchen würde, müßte sich mit allen Konsequenzen dem Vorwurf aussetzen, in einer entscheidenden Phase der deutschen Entwicklung nicht im Bewußtsein der gesamtdeutschen Verantwortung gehandelt zu haben.

Landesverteidigung "ja" - Europaarmee "abwarten"!

P.H. - Brüssel

Nach zwei Invasionen und Kriegen hat Belgien, das bei seiner Gründung im Jahre 1839 ausdrücklich als "neutraler" Staat geschaffen wurde, genug von Neutralitätserklärungen, die nicht beachtet wurden. Man ist verteidigungsbereit und militärfreundlich geworden - in allen Parteien, auch der sozialistischen. Max Buset, der Vorsitzende der sozialistischen Partei, gab diesem Mißtrauen gegen Neutralisierungsverlockungen und kommunistisch inspirierte Friedensschalmeien bei der Beratung des EVG-Vertrages in der Kammer klaren Ausdruck. Er sagte: "Die sozialistische Partei Belgiens nimmt voll und ganz Teil an dem Willen, das Land zu verteidigen. Sie verwirft jeden Defaitismus, jeden Neutralismus, jedes pazifistische Geblöke ebenso wie die einfältige Betrügerei, die darin besteht, uns nach der Flöte Moskaus tanzen lassen zu wollen. Die Sozialisten haben nie aufgehört zu zeigen, daß sie ihre internationalen Pflichten zu erfüllen verstehen. Die Brüsseler Verträge wie der Atlantikpakt sind von der sozialistischen Partei gefördert und angenommen worden".

Trotz dieser grundsätzlichen Bejahung der europäischen Verteidigung sagte Buset dem christlich-sozialen Außenminister jedoch, daß er für eine sofortige Ratifizierung des EVG-Vertrages sowohl in der Kammer wie im Senat keine einzige sozialistische Stimme bekommen werde. Und Henri Spaak, auf dessen Einfluß zugunsten einer sofortigen Ratifizierung man gerechnet hatte, fügte hinzu, daß man vielleicht im Oktober darüber reden könne, wenn einerseits das Ergebnis der deutschen Wahlen, andererseits sichere Regierungsverhältnisse in Frankreich vorliegen und vor allem - die sechs Regierungen Kontinentaleuropas sich über eine "Europäische Regierung" geeinigt hätten.

Mit den Liberalen trafen sich dabei die Sozialisten in der Forderung, die Zwischenzeit mit der Revision der Verfassung nutzbringend auszufüllen. Mit zwei der prominentesten Mitglieder der Christlich-Sozialen Partei, dem Kammerpräsidenten van Cauwelaert und dem Senatspräsidenten Struye, trafen sie sich in der Auffassung, daß die politische Unsicherheit in Frankreich, die Möglichkeit eines Kurswechsels in der Bundesrepublik und der Schwebezustand, in dem sich die Weltpolitik überhaupt befindet, die vom Außenminister van Zeeland geforderte Ratifizierung vor den Sommerferien ausschließen.

24. Juni 1953

Dennoch will der Außenminister noch versuchen, die Ratifizierung so schnell wie möglich durchzusetzen. Schon ist eine Regierungskommission mit den Vorbereitungen für eine Verfassungsänderung betraut worden - um die Liberalen zufrieden zu stellen. In Brüsseler Bankkreisen will man wissen, daß die USA mit der Nichtratifizierung technisch schon fertiger neuer Off-shore-Aufträge drohten, wenn Belgien nicht noch im Juni ratifiziert. Vielleicht aber begründet die folgende Auslassung des christlich-sozialen Außenministers seine Eile richtiger. Er sagte in der Kammer:

"Gerade angesichts der bevorstehenden deutschen Wahlen muß durch die vorzeitige Ratifizierung des EVG-Vertrages eine rechtlich unwiderrufliche Lage geschaffen werden, die jede künftige deutsche Regierung bindet".

Die sozialistische Ablehnung dürfte diesen famosen Plan zunichte gemacht haben.

+ + +

#### USA-Wahlhilfe für Adenauer

"Mit besonderer Aufmerksamkeit wird jetzt die Entwicklung in der Deutschen Bundesrepublik verfolgt. Es sind Kräfte am Werk, die ein ähnliches "Versagen" Washingtons wie gegenüber de Gasperi und Pinay, der mit starker amerikanischer Hilfe wohl hätte gehalten werden können, verhüten wollen. Hochkommissar Conant, der zur Zeit in Washington weilte, um mit der Regierung und den wichtigsten Führern im Kongreß über die Deutschlandpolitik zu konferieren, findet jetzt hier zweifellos mehr Entgegenkommen, als dies etwa vor zwei Wochen der Fall gewesen wäre.

Man ist hier entschlossen, dem deutschen Kanzler, der jetzt mehr denn je als zuverlässigster Bundesgenosse in Westeuropa angesehen wird, weitgehend im Hinblick auf die kommende Wahlpropaganda Hilfestellung zu geben.

Welcher Art solche Hilfe sein könnte, wird natürlich möglichst geheimgehalten, damit der Überraschungseffekt nicht verlorengeht ... Trotz dieser Bemühungen aber ist Washington - besonders im Lichte der neuesten kommunistischen "Konzessionen" in Ostdeutschland - ehrlich besorgt um Adenauers Zukunft.

("Die Tat"-Zürich, 21.6.53 in einem Eigenbericht ihres Washingtoner Korrespondenten)

+ + +

Denn sie töten den Geist nicht ...

## Einzelbilder aus den Tagen des Aufstandes in der Sowjetzone

(sp) Die Entwicklung und der Ablauf der Erhebung in Ost-Berlin und Mittelddeutschland sind eine eindeutige Widerlegung aller darangeknüpften Kombinationen. Die spontanen Aktionen der Belegschaften entsprangen weder der Inszenierung durch "westberliner Agenten", noch durch die SED selbst. Die aus der Zone eintreffenden Berichte beweisen mit aller Dramatik und Eindringkraft den elementaren Charakter des Aufstandes gegen das kommunistische Regime in dem Augenblick seiner Bankrotterklärung und Schwäche. Der Sozialdemokratismus ist, das beweisen diese Tage, die eigentliche Widerstandskraft in der Sowjetzone.

Alle Isolierungsmaßnahmen und der Versuch, die Vorgänge in Ostberlin zu verschweigen und zu unterdrücken, erwiesen sich als erfolglos. Bereits Stunden später waren auf Wegen, die sich niemals erklären lassen werden, die Nachrichten über den Streikaufruf der Berliner Bauarbeiter bis tief in die Zone gelangt und hatten hier gezündet. In Stunden war die Verbindung zu Nachbarbetrieben von Leuten aufgenommen, die sich vielleicht in einer anderen Situation mißtrauisch begegnet wären, die aber jetzt im Auftrage ihrer Belegschaften zueinander fanden, in kürzester Zeit die Aktion in ihre Hände nahmen und ihr die politische Stoßrichtung gaben. Alle Berichte unterstrichen übereinstimmend die spontane und logische Entwicklung von der Zusammenballung der Massen zu dem gelenkten politischen Willen. Hier gab es keinen Unterschied zwischen Brandenburg, Magdeburg, Leipzig, Görlitz und selbst den von der SED als "Schwerpunkte des sozialistischen Aufbaus" bezeichneten Großbetrieben.

x

Bedeutsam ist auch die Haltung derjenigen, auf die sich das Regime hundertprozentig verlassen zu können glaubte. Nicht selten standen SED-Funktionäre und kommunistische Gewerkschaftler, FDler in den Streikkomitees neben den als Anti-Kommunisten bekannten Belegschaftsmitgliedern. Nicht zu unterschätzen ist auch die Zahl der einzelnen Vopos und Sowjetsoldaten, die sich passiv verhielten. Die Zahl der standgerichtlichen Urteile gegen Vopos wegen Befehlsverweigerung ist nur ein Anhaltspunkt, wie die Zahl der über 800 Vopos, die nach dem Westen geflohen sind. Aber auch das überaus zögernde Vorgehen sowjetischer Soldaten gegen die demonstrierenden Arbeiter zeugt von dem Zweifel, der hier erregt wurde, obwohl ihr Einsatz mit der Notwendigkeit der Verteidigung gegen aus

Westberlin vordringende amerikanische Interventionen zu begründen versucht wurde. Wiederholt ertönte von den die Züge überholenden Lastkraftwagen ein gutmütiges "Karascho". Ein eindringliches Zeugnis ihrer Haltung gibt der Beifall sowjetischer Soldaten, der die Arbeiter begleitete, die in einer Stadt der Sowjetzone die Stalin- und Pieckbilder von den Wänden herunterrissen.

x

Alles was bisher aus der Zone an Berichten bekannt wurde, ist ein imponierender Beweis für die unbedingte Geschlossenheit des politischen Willens der Arbeiter in der Sowjetzone nach achtjährigen Sowjetisierungsversuchen. Das SED-Regime scheiterte an ihrer Solidarität, die sich stärker erwies als die Furcht vor dem Terror und den Repressalien. Die Solidarität gab den Streikkomitees den Mut, unter den Augen ihrer Unterdrücker und vor den sowjetischen Panzern für die politischen Interessen der Belegschaften und der ganzen Bevölkerung zu demonstrieren. Das Vorgehen der SED und der Besatzungsmacht, die Opfer, die dieses Vorgehen gekostet hat und die Welle der Solidarität und Unterstützung aus der freien Welt, wird gerade das Bewußtsein der Kraft und Stärke dieser Solidarität wachhalten. Neben den politischen Konsequenzen für die Sowjets, die die aufbegehrenden Arbeiter erzwungen haben, liegt gerade hierin ihr Sieg über das System der Unfreiheit.

x

Trotz der sich entladenden Ressentiments und des Hasses gegen die Unterdrücker entwickelte sich der Aufstand in der Diszipliniertheit einer politischen Aktion. So in Brandenburg, wo man bei der Befreiung der Häftlinge im Amtsgefängnis die Akten holte, um zwischen den politischen und kriminellen Häftlingen unterscheiden zu können. Und anderswo gingen die Kioske der HD und der kommunistischen Zeitungsvertriebsgesellschaft in Flammen auf, während einer stehen blieb, dessen Besitzer quer darüber geschrieben hatte "Privatbesitz". Bewundernswert auch der Trotz, mit dem die Freilassung zeitweise verhafteter Wortführer erzwungen wurde.

+ + +

Herr Schmitz und Herr Holzappel

K.M. Herr Schmitz kauft bei Herrn Holzappel einen Wagen. Die Namen sind nicht erfunden. Es gibt diesen Herrn Schmitz. Es gibt diesen Herrn Holzappel. Nachdem Herr Schmitz den Wagen übernommen hat, wird festgestellt, daß er - wie die Juristen sich ausdrücken - "mit schweren Mängeln behaftet" war. Beim Motor stimmt es nicht recht und das Chassis hat einen Bruch.

Herr Holzappel soll den Wagen zurücknehmen, weigert sich aber. Das Landgericht Bielefeld sagt: Schmitz hat recht, der Wagen geht zurück! Holzappel legt Berufung ein. Das Oberlandesgericht Hamm sagt: Schmitz hat recht!

Holzappel legt Revision ein. Das Bundesgericht sagt: Schmitz hat recht!

Holzappel nahm den Wagen trotzdem nicht. Der Rechtsanwalt von Schmitz setzt also den Gerichtsvollzieher in Bewegung. Aber auch der kommt nicht recht vom Fleck. Denn Herr Holzappel ist nie da. Herr Holzappel ist Bundestagsabgeordneter. Herr Holzappel macht Auslandsreisen. Herr Holzappel ist jetzt sogar permanent im Ausland, denn inzwischen ist er zum Gesandten der Bundesrepublik in Bern ernannt worden.

Aber eines Tages ist Herr Holzappel doch da. Der Gerichtsvollzieher ist sofort zur Stelle. Der Gesandte sagt: Da müssen Sie sich an meinen Anwalt wenden. Der Anwalt sagt: Ich bin nicht ermächtigt, Zustellungen im Vollstreckungsverfahren anzunehmen.

Da platzt Herrn Schmitz zum ersten Mal der Kragen. Er wendet sich ans Auswärtige Amt. Er läßt bei der Hauptkasse das Gehalt des Herrn Gesandten pfänden - jene Sonderbesoldung, über die einmal im Bonner Bundeshaus sehr viel geredet worden ist. (Die Freunde des Herrn Holzappel erklärten damals, Holzappel habe, um Diplomat zu werden, eine besonders gute wirtschaftliche Existenz aufgeben müssen).

Das zog, Herr Schmitz erhielt die Auslagen für seine Prozeskosten. - Den Wagen wollte Holzappel noch immer nicht zurücknehmen. Wiederum wurde der Gerichtsvollzieher in Marsch gesetzt. Er hatte Glück. Er traf den Gesandten Dr. Holzappel im "Bahnhofshotel" von Herford und bot ihm den Wagen an. Diesmal sagte Holzappel Ja.

Aber da waren noch die sogenannten "Wandlungskosten", auf die Herr Schmitz Anspruch hatte, über 700 Mark, zu denen später noch das eine oder andere kam. Von neuem ging es mit eingeschriebenen Briefen los. Sie wurden nicht beantwortet. Neue Klage. Neuer Rechtsstreit. Schließlich wurde ein Termin festgesetzt.

Da nun Herr Holzappel Diplomat ist und weit weg im Auslande wohnt, nämlich im fernen Bern, wurden Herrn Holzappel acht Wochen Zeit gegeben sich zu äußern. Er äußerte sich nicht. Es gab einen Termin ohne ihn. - Da platzte Herrn Schmitz zum zweiten Mal der Kragen. Er besprach sich mit dem Rechtsanwalt und es wurde schließlich ein langer Brief geschrieben, der an verschiedene Stellen in Bonn ging. Der Brief schließt mit den Worten: "Es darf nicht der Eindruck entstehen, daß deutsche Exterritoriale im innerdeutschen Rechtsverkehr Sonderrechte genießen".

Wir erlauben uns, ein Wort hinzuzufügen, das von Holzappel selbst stammt. Er nahm im August 1949 (im gleichen Jahre verkaufte er den Wagen) als CDU-Sprecher an einer Rundfunkdiskussion teil und sagte: "Jeder Deutsche ist vor dem Gesetze gleich".